

Stadträtin Beatrix Burkhardt
Stadtrat Hans Podiuk

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANFRAGE

14.12.2017

Arbeiterwohnheim Hofer Straße 21-25

Die geplante Realisierung eines Arbeiterwohnheims mit über 1.100 Betten an der Hofer Straße 21-25 im Gewerbegebiet Perlach-Süd löst vor Ort große Sorgen aus. Die Baugenehmigung ist ein laufendes Geschäft der Verwaltung, doch es drängen sich Fragen auf, die grundsätzlicher, planerischer Natur sind.

Wir fragen deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wie beurteilt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung das Vorhaben unter den Gesichtspunkten der immensen verkehrlichen Zusatzbelastung der heute schon weit über Gebühr belasteten Weidener Straße und der negativen Auswirkungen für das gesamte Gewerbegebiet (trading down-Effekt).
2. Welche Maßnahmen gedenkt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung zu ergreifen, um die in Ziff. 1 geschilderten negativen Auswirkungen zu verhindern.
3. Welche Haltung nimmt das Kommunalreferat als Eigentümer benachbarter Grundstücksflächen im Baugenehmigungsverfahren ein?
4. Welche Schritte bauleitplanerischer Art gedenkt das Referat für Stadtplanung und Bauordnungsbehörde der prekären Entwicklung des Gewerbegebiets zu unternehmen, um ein weiteres, irreversibles Abrutschen des Gewerbegebiets zu verhindern und gleichzeitig dem Interesse der Münchner Bürger wie auch der örtlichen Grundstückseigentümer nach einer Realisierung von dringend benötigtem Wohnraum nachzukommen?
5. Geht das Referat für Stadtplanung und Bauordnung auf die Grundstückseigentümer zu, um mit Ihnen Perspektiven für eine Nutzung der vorhandenen Grundstückspotenziale zu erörtern?
Falls nein, warum nicht?

Begründung:

Das beantragte Vorhaben löst einen erheblichen An- und Abfahrtsverkehr aus, der im heutigen Straßennetz nach örtlicher Auffassung nicht mehr zu bewältigen ist. Bereits für die Erweiterung einer deutlich kleineren Schule musste jüngst im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ein Verkehrsgutachten vorgelegt werden. Gleichzeitig führt die Realisierung des Vorhabens zu einem weiteren Abrutschen des Gewerbegebiets und zu einem erwartbaren Erstarken ihrerseits problematischer Einrichtungen wie Spielcasinos und Wettbüros. Dies zu verhindern ist im gesamtstädtischen Interesse, insbesondere da die Grundstückseigentümer ihrerseits Wohnungsbau sehr aufgeschlossen wären – Formen des gewerblichen Wohnens sind für sie angesichts der starren planerischen Ausgangsbedingungen jedoch derzeit die einzige Alternative.

Beatrix Burkhardt
Stadträtin

Hans Podiuk
Stadtrat